

«Nach unserem Wissensstand waren die Verhandlungen gescheitert»

Der Kanton habe Chur im Buhlen um die Ansiedlung der Hamilton Plastics AG nicht wissentlich ausgebootet, erklärt Regierungsrat Jon Domenic Parolini. Die Rechtmässigkeit des Emser Sägwerk-Deals steht für ihn ausser Zweifel.

von Stefan Biscum

Die FDP und die SVP fordern, dass die grossrätliche GPK die Rechtmässigkeit des Emser Sägwerk-Deals untersuchen müsse (Ausgabe von gestern). Regierungsrat Jon Domenic Parolini fürchtet sich nicht vor einer solchen Untersuchung. Gemäss Artikel 8 des Wirtschaftsentwicklungsgesetzes dürfe die Regierung nämlich Grundstücke erwerben und erschliessen. «Wozu auch die Revitalisierung gehört, wie in der Botschaft explizit aufgeführt wird», erklärte Parolini gestern auf Anfrage.

Auch das von den Parteien ins Feld geführte Argument, dass das Wirtschaftsentwicklungsgesetz erst im Januar 2016 in Kraft tritt, kann gemäss Parolini den Deal nicht gefährden. «Wir haben aus diesem Grund alle Kaufverträge mit der Bedingung versehen, dass dieselben erst wirksam werden, wenn das Wirtschaftsentwicklungsgesetz in Kraft tritt.»

«Die Unternehmen definieren die Anforderungen an die Grundstücke.»

Jon Domenic Parolini
Bündner Regierungsrat

In Chur stört man sich nicht nur an den rechtlichen Ungereimtheiten, sondern auch am Stil des Kantons. Hinterücks habe dieser die Stadt im Poker um die Ansiedlung der Hamilton Plastics ausgebootet. Den Vorwurf des Stadtpräsidenten Urs Marti lässt Parolini nicht auf sich sitzen. «Nach unserem Wissensstand waren die Verhandlungen zwischen Chur und Hamilton gescheitert.» Man sei davon ausgegangen, dass aufgrund des Flächenbedarfs nur noch Domat/Ems oder sonst ein Stand-



Alles rechts: Regierungsrat Jon Domenic Parolini kontert die Kritik am Emser Sägwerkdeal.

Bild Yanik Bürkli

ort ausserhalb des Kantons infrage gekommen sei. Wie Marti gemäss dem «Bündner Tagblatt» aufgrund von E-Mails zwischen ihm und dem Hamilton-CEO Andreas Wieland belegen kann, war Chur zu diesem Zeitpunkt aber immer noch im Rennen um die begehrten Arbeitsplätze.

Von der Vermittlerin zur Akteurin

Mit dem Kauf von 200 000 Quadratmetern Industrieland in Domat/Ems ändert sich die Rolle der Bündner Regierung und des Amtes für Wirtschaft und Tourismus bei der Ansiedlung von auswärtigen Firmen. War sie früher eine Vermittlerin, wird sie nun zur Akteurin. Wird sie bei dieser Ausgangslage in Zukunft noch unabhängig agieren können, wenn ein Unternehmen zuerst beim Kanton anklopft? Parolini: «Die Unternehmen definieren die Anforderungen an die Grundstücke und sie entscheiden letztlich auch, welcher Standort für sie am geeignetsten ist.»

Im Fall des Sägwerkareals in Domat/Ems habe sich der Kanton überdies an die Spielregeln des Marktes gehalten und keine verdeckte einzelbetriebliche Förderung betrieben. «Der Preis für den Erwerb und ebenso die Abgabe sind zu Marktpreisen erfolgt.»

«Das Risiko wäre zu gross»

Kritik im Zusammenhang mit dem Sägwerk-Deal musste sich auch die Standortgemeinde Domat/Ems anhören. Die SVP moniert, dass die Neunutzung des Geländes von der Gemeinde bereits vor Jahren hätte an die Hand genommen werden müssen. «Bedauerlicherweise werden hier mit viel Steuergeldern die Versäumnisse der Emser Gemeindepräsidentin verschleiert», schreibt die SVP. Die angesprochene Gemeindepräsidentin Beatrice Baselgia hält den Vorwürfen entgegen, dass die Gemeinde bereits im April 2014 eine Planungzone über das Gelände verhängt und damit den ersten Grundstein für die heute vorliegende Lösung gelegt hatte.

Das spätere Engagement des Kantons ist gemäss Baselgia nötig gewesen. «Das Risiko, 25 Millionen Franken und mehr in den Kauf und die Instandstellung des Geländes zu investieren, wäre für Domat/Ems zu gross gewesen.» Zumal die Gemeinde im Gegensatz zum Kanton und dem Amt für Wirtschaft und Tourismus das Areal in der Folge nicht ausreichend vermarkten könnte. «Es wäre falsch, so hohe Investitionen zu tätigen, wenn wir nicht über die Möglichkeit verfügen, diese später auch in Wert zu setzen.»

Das Engagement des Kantons rechtfertigt sich für die Emserin auch mit Blick auf das Jahr 2006, als das Säge-

«Es ist richtig, dass der Kanton die Verantwortung übernimmt.»

Beatrice Baselgia

Emser Gemeindepräsidentin

werk der Firma Stallinger gebaut wurde. Zuvor hatte der Kanton intensiv nach einem geeigneten Standort gesucht und war im Emser Föhrenwäldchen fündig geworden. Von einem Grosssägwerk versprach man sich grosse Wertschöpfung für alle Waldbesitzer. «Die Initiative ging damals vom Kanton aus, es ist deshalb richtig, wenn der Kanton heute wieder Verantwortung übernimmt», findet Baselgia.

Gestern Abend ist in Domat/Ems die Bevölkerung über die neue Pläne auf dem Sägereiareal informiert worden. «Ich werde den Emsern aufzeigen, dass dies die Chance ist, die so schnell nicht mehr kommen wird.» Baselgia zweifelt denn auch nicht daran, dass eine nötige Umzonung des Gebiets von einer Mehrheit unterstützt wird. Bisher seien nur positive Reaktionen an sie herangetragen worden. «Alle haben den Wunsch, dass auf dem Areal endlich etwas geht.»

Wohnraumproblem hat Konsequenzen

Dass es in Davos an bezahlbarem Wohnraum mangelt, kann nun erstmals handfest belegt werden. Dies anhand der Ergebnisse einer Unternehmer-Umfrage, die von der Bürgerbewegung «Davos Dahai» und der Academia Raetica durchgeführt wurde.

von Béla Zier

Als Überraschung können die gestern den Medien präsentierten Ergebnisse zur Davoser Wohnraumproblematik nicht bezeichnet werden. Seit Jahren ist hinlänglich bekannt, dass es im Landwassertal zu wenige Mietwohnungen gibt und diese zu teuer sind. Wer eine modern ausgestattete Wohnung zu einem für Davoser Verhältnisse moderaten Preis ergattert hat, der zieht deshalb auch so schnell nicht mehr aus. Allerdings kann nun mit der von der Bürgerbewegung «Davos Dahai» gemeinsam mit der Academia Raetica erarbeiteten Unternehmer-Umfrage eine wichtige Lücke geschlossen werden. Jetzt liegen erstmals aussagekräftige Daten zur Wohnraumproblematik vor, die auch der Politik als Basis für Debatten dienen können. Dass politische Diskussionen unausweichlich sein werden, zeigt vor allem

auch der Umstand auf, dass knapp 40 Prozent der Befragten angaben, dass vereinzelt bis häufig Arbeitsverträge nicht zustande gekommen seien, weil keine Wohnung für den Arbeitnehmer gefunden werden konnte.

Kritischer Faktor für Forschung

Als repräsentativ ist die Untersuchung aufgrund der Anzahl Teilnehmenden nicht einzustufen. Zur Online-Umfrage waren gemäss den Vertretern von «Davos Dahai» 300 Davoser Betriebe eingeladen. Davon beteiligten sich 65 Firmen, was einem Rücklauf von rund 22 Prozent entspricht. Das Spektrum jener Firmen, welche die Fragen beantwortet haben, reicht vom Einmannbetrieb bis hin zum Unternehmen mit mehreren Hundert Beschäftigten. Vertreten sind alle Branchen, was wiederum einen guten Einblick in die Wohnraumproblematik gestattet. Die befragten Arbeitgeber beschäftigen über

Über 40 Prozent der Befragten erachten die Wohnungen in Davos als zu teuer.

Nettomieten

in Franken pro Quadratmeter und Jahr; mittleres Segment



Quelle: Wüest & Partner (Q3 2011), Grafik: südostschweiz

2000 Personen. Gerade auch für die Davoser Forschungsinstitute, die junge Forscher anwerben wollen, sei das Thema Wohnen ein «kritischer Faktor», betonte Duri Bezzola, Geschäftsführer der Academia Raetica, an der Medienorientierung. Doch nicht nur die Forschung, alle Branchen würden zahlbaren Wohnraum brauchen, erklärten die Studienautoren Jürg Grassl und Philipp Wilhelm von «Davos Dahai».

Ball wird der Gemeinde zugespielt

Wie aus der Zusammenfassung der Umfrageergebnisse hervorgeht, beurteilt die Hälfte aller Befragten das Wohnungsangebot in Davos als knapp oder ungenügend. Günstige Wohnungsangebote gebe es keine, über 40 Prozent bewerten die Wohnungen in Davos als zu teuer. Gemäss der Hälfte der Befragten beeinträchtigt die Wohnraumproblematik die Attraktivität von Davos als Wohn- und Arbeitsort oder

«sogar des Betriebs als Arbeitgeber». Gemäss der Zusammenfassung sehen die befragten Firmen die Verantwortung für die Lösungsfindung sowohl bei den Unternehmen als auch bei der Gemeinde. Die Intervention durch die Gemeinde wird allerdings von doppelt so vielen Firmen als notwendig bezeichnet wie die Massnahmen durch die Betriebe.

Die Umfrage sei sauber aufbereitet, die Verfasser hätten ein Kompliment verdient, aber inhaltlich sei es nichts Neues, sagte der Davoser Landammann Tarzisio Caviezel gestern auf Anfrage. «Das haben wir immer in etwa gewusst. Das Fazit ist natürlich stets das gleiche, die Gemeinde muss.» Muss die Gemeinde denn nun handeln? «Wir sind noch weit davon entfernt, um einfach etwas zu machen. Wir können nicht einfach sagen 'Achtung, fertig, los' – es muss auch finanzierbar sein.»